

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Druck: Carl Neubauer.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mk. wochensweise für März März 3 Monate ohne Postzusatzgebühren.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmann berechnet: die einseitige Zeile 10 mm breite für 20 Zeilen, für auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Zeile 150 Pfg., überhalb 200 Pfg., Überschriften 10 Pfg. Ausw. halbtägige bez. Verlagsgebühren.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Martenstraße 38-42
Druck u. Verlag von Neubauer & Reichardt in Dresden.
Vollständig-Aktion 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutscher Quittung über "Dresdner Nachr." zulässig. Internationale Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Der deutsche Standpunkt in Genf.

Die Forderung auf Rheinlandräumung nach vollendeter Abrüstung berechtigt.

Die Ratstagung eröffnet.

(Durch Kurier.)

Genf, 7. März. Die Ratstagung hat heute vormittag kurz nach 11 Uhr mit einer nichtöffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz von Reichsminister Dr. Stresemann begonnen. Auf das Interesse, das die Tagesordnung bietet, deutete schon das Bild hin, das die große Vorkhalle des Völkerbundgebäudes kurz vor Beginn der Tagung bot. Die Gruppen der einzelnen Nationen, die zu verschiedenen Zeiten eintrafen, waren teils nach ihrer Teilnahme an diesen Fragen Gegenstand des Interesses, doch fehlte der übliche Ansturm von Fremden.

Vor Beginn der Sitzung machte Reichsminister Dr. Stresemann dem Generalsekretär Eric Drummond einen Besuch, um mit ihm die Formalitäten der Vorsitzführung zu besprechen. Gegen 12 Uhr wurde die erste Sitzung der neuen Ratstagung für öffentlich erklärt. (W. L. B.)

Die ersten Besprechungen der Außenminister.

Genf, 7. März. Von maßgebender deutscher Seite wird zu den gestrigen Beratungen der Außenminister mitgeteilt: Sämtliche Deutschland berührende Fragen der kommenden Ratstagungen sowie die großen Probleme, die zwischen Deutschland und den Vorkonventionen bestehen, sowie auch die kulturellen internationalen Fragen seien von den Außenministern eingehend beraten worden. Ferner seien insbesondere auch die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn und die Dispositionen in großen Zügen sowie ihre Rückwirkungen auf die westeuropäische Politik zur Sprache gekommen. Es sei jedoch nicht zu erwarten, daß auf der gegenwärtigen Tagung des Rates in denjenigen Fragen, die die Rheinlandräumung betreffen, bereits ein positives Ergebnis erzielt werden könne.

Der deutsche Standpunkt muß dahin präzisiert werden, daß nach der Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen sowie der Erledigung der Restpunkte Deutschlands nunmehr von seinem Recht Gebrauch machen könne, vom Völkerbundrat die endgültige Räumung des Rheinlandes zu verlangen, wie es ihm nach Artikel 431 des Versailler Vertrages zusteht.

Wieweit dabei die Reparationsfrage eine Rolle spiele, oder frühere Pläne wieder aufzuheben würden, müßte gegenwärtig dahingestellt bleiben. In der letzten Zeit sei in der Presse vielfach davon gesprochen worden, daß die Konstitutionierung der neuen Regierung dazu beigetragen und die Schwierigkeiten vergrößert hätte, die sich einer Fortführung der begonnenen Diskussionen von Genf und Thoiry entgegenstellten hätten. Das treffe in keiner Weise zu. Die größte Erschwerung der Politik der deutsch-französischen Annäherung sei durch eine sehr starke Reaktion in der französischen Öffentlichkeit erfolgt, als das neue Kabinett noch gar nicht gebildet gewesen sei. Die Schwierigkeiten liegen vielmehr in der Zeit nach der Genfer Konferenz im September 1926, als die Politik Briands auf heftigen Widerstand verschiedener französischer Parteien gestoßen sei.

Auch der polnische Konflikt habe mit der Bildung des neuen Kabinetts nichts zu tun. Von polnischer Seite sei man gegenwärtig bemüht, die vier letzten Ausweisungen als Sonderfälle hinstellen zu lassen. Es handele sich jedoch keineswegs um Einzelfälle, sondern um das letzte Glied einer Kette einer Politik der gewaltsamen Entdeutschung Oberschlesiens. In den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, insbesondere in der Niederlassungsfrage, seien polnischerseits Deutschland die größten Schwierigkeiten gemacht worden. Es treffe nicht zu, daß man, wie von der polnischen Regierung behauptet wird, in den Verhandlungen kurz vor einer Einigung geblieben habe.

Deutschland habe von Polen lediglich die Einräumung derjenigen Rechte gefordert, die Deutschland in Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern bereits erhalten habe. Ferner entspreche die polnische Behauptung von einer Ausweisung von 25000 polnischen Arbeitern aus Deutschland keineswegs den Tatsachen. Die deutsche Regierung habe lediglich anerkannt, daß die polnische Arbeitslosigkeit in Deutschland auf eine Einschränkung der Beschäftigung der polnischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft bedingt sei. Es handele sich dabei keineswegs um politische Ausweisungen, wie dies von polnischer Seite darstellt werde. Sollte die polnische Regierung den Wunsch einer christlichen Verständigung haben, so sei die deutsche Regierung durchaus bereit, diesem Verständigungswillen gegenüber Entgegenkommen zu zeigen.

In der Saarfrage liegt das sogenannte Kompromiß vor, das von der Regierungskommission des Saargebietes gegen die Stimme des saarländischen Vertreters dem Rate unterbreitet worden ist. Dieser Vorschlag weist zunächst verschiedene offensichtliche Mängel auf, so vor allem den, daß die Zurückkehrung der französischen Truppen nicht von vornherein an ein bestimmtes Datum geknüpft ist. Die Verhandlungen werden darauf abzielen müssen, in erster Linie den genannten Endtermin für den Abzug der französischen Truppen festzusetzen, ferner den Wohnsitz, insbesondere wegen seiner Größe, zu beanstanden und schließlich die genannten Kompetenzen irgendwelcher neuer Organisationen festzusetzen.

Zur Frage des ober-schlesischen Schulkonfliktes liegt dem Rate eine Petition von 7041 Bewohnern Oberschlesiens vor, durchweg Leute polnischer Muttersprache, die um den Besuch der deutschen Schule für ihre Kinder ein-

kommen, weil ihnen eine doppelte Kultur unerlässlich erscheine. Der Präsident der deutsch-polnischen Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat diese Frage nach dem Wortlaut der Genfer Konvention zugunsten eines solchen Anspruches der Einwohner in Oberschlesien entschieden. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Frage in der gegenwärtigen Tagung entschieden wird, vielmehr ist zu erwarten, daß sie dem Gutachten des Saager Berichtes unterworfen wird.

Deutschland soll Gegenleistungen für die Räumung vorschlagen.

Paris, 7. März. Ueber die gestrige Unterredung zwischen Briand und Stresemann berichtet Navas aus Genf: Man hat sich über die deutsch-französischen Beziehungen ausgesprochen und auf den bereits zurückgelegten Weg sowie auf den zur Besserung der Beziehungen der beiden Länder noch zurückzulegenden Weg einen Ueberblick geworfen. Briand und Stresemann sind einmütlich gewesen, festzustellen, daß keiner von ihnen den Wunsch, sich der Wiederannäherung der beiden Länder zu widmen, irgendwie und in irgendeinem Punkte abgelehnt habe. Der Abschluß dieser gemeinsamen Politik erfordert natürlich eine freimütige Zusammenarbeit der beiden Völker, heißt also eine Opportunitätsfrage hinsichtlich gewisser Maßnahmen dar, die von der öffentlichen Meinung in Deutschland beherzigt gefordert werden und die

von gewissen Bedingungen abhängen, die bis jetzt noch nicht erfüllt worden sind, da seit der Zusammenkunft von Thoiry Deutschland noch keinen bestimmten Vorschlag als Gegenleistung für eine etwaige Räumung des Rheinlandes gemacht hat. Es scheint auch nicht, daß bei der Zusammenkunft von gestern Abend Stresemann nach dieser Richtung irgendein neues Moment beigebracht hätte. Sollte das noch geschehen, so müßte man immer noch bedenken, daß es sich nicht um ein ausschließlich deutsch-französisches Problem handelt, daß es vielmehr auf Grund der bestehenden Verträge auch die Alliierten Frankreichs interessiert. Das sind einige der tatsächlichen Wahrheiten, die Briand wahrscheinlich gegenüber Stresemann vorgebracht hat.

Der Eindruck in französischen Kreisen war gestern Abend der, daß demnach, auf alle Fälle aber nicht in Genf, Verhandlungen über die Rheinlandräumung stattfinden würden. Briand gab einigen Journalisten die Versicherung, daß keine anderen Fragen als die, die amtlich bekanntgegeben wurden, auf der Ratstagung aufgeworfen werden würden. Er fügte hinzu: „Keine Frage, sei sie alt oder neu.“ — Im übrigen wurde auch über die deutsch-polnischen Beziehungen gesprochen. Briand hat nach den Unterredungen mit Stresemann und Jakselt den Eindruck gewonnen, daß eine gerechte Lösung der Schwierigkeiten dieser Tage vielleicht mit wohlwollender Hilfe Frankreichs und Großbritanniens und unter den Auspizien des Völkerbundes raten werden kann.

Die Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ und des „Petit Parisien“ in Genf wollen erfahren haben, daß Briand Stresemann auf die jüngste Rede des Grafen Westarp hingewiesen habe, daß aber Stresemann Briand den Text der fraglichen Rede unterbreitete und feststellen konnte, daß diese Rede nicht ganz richtig ins Französische überetzt worden sei. Man müsse aber doch fragen, ob es politisch und klug sei, von einer etwaigen Rückkehr der elsass-lothringischen Bevölkerung in die deutsche Familie als einer Zukunftsmöglichkeit zu sprechen. Stresemann werde sich sicherlich Rechenschaft darüber ablegen, daß, wenn derartige Zukunftsoffnungen die Form einer Propaganda in den wiedergewonnenen Provinzen annehmen würden, Frankreich nicht verärgert werden, sich zu verteidigen.

Der „Matin“ ironisiert die ziemlich gleichlautend von Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain der Presse gegenüber gemachten Ausführungen, wonach der Anwesenheit der Außenminister in Genf keine besondere Bedeutung zukommt. Wenn die Außenminister, so schreibt das Blatt, ohne Ausnahme erschienen seien, so sei es deshalb geschehen, um das zerbrechliche gegenseitige Vertrauen zu befestigen. Man wöhne mehr als einem Austausch von Höflichkeitsschreibern bei. Die 41. Ratstagung sei in Wirklichkeit ein Versuch, die Atmosphäre der Eintracht wiederherzustellen.

Im „Echo de Paris“ weist Vertinox darauf hin, die Tatsache, daß Dr. Stresemann den Vorsitz in Genf führe, zeige, daß Deutschland nun auf dem Boden der Gleichberechtigung von seinen Bestregern befreit werde. Darauf habe Deutschland seit September 1926 hingearbeitet, um die Ratstagung des Versailler Vertrages zu Fall zu bringen. Zur Rheinlandräumung schreibt das Blatt: Briand befindet sich seit zwei Monaten hinsichtlich der Durchführung des Thoiry-Programms auf dem Rückzug. Vor Erfüllung des Abkommens über die Ober-schlesien und der Kriegs-materialausfuhr hätten die Deutschen sich kaum auf den Artikel 431 des Versailler Vertrages stützen. Chamberlain, der zuerst geglaubt habe, die Räumung müßte die natürliche Frucht von Locarno sein, sehe jetzt ein, daß sie nur aus einem Handel hervorgehen könne, bei dem Deutschland wie die anderen Parteien ihre Zugeständnisse machen müssen. Man müsse aber wissen, daß England, in seinen chinesischen und russischen Angelegenheiten schwer bedroht, eine Annäherung mit Berlin jetzt mehr denn je wünsche.

Der Kampf um das Wiener Arsenal.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Genf, 5. März. In der Nacht auf den Aschermittwoch entdeckte ein österreichischer Major im Uhrarm des Wiener Arsenals Spuren eines Einbruchs; bei näherem Nachsehen fand er ein Waffenlager vor, etwa 6000 zerlegte Gewehre, zum Teil verrostet. Ordnungsgemäß wurden Polizei- und Militärbehörde verständigt; tags darauf wurden mehrere Infanteriekompanien für den Abtransport des Materials, dessen Eigentümer sich nicht meldete, nach einer an der Peripherie Wiens gelegenen Kaserne bereitgestellt; die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Nacht. Auch wurde ordnungsgemäß die Interalliierte Militärkommission verständigt. Bald stellt sich heraus, daß die Gewehre den „Österreichischen Werken“, einer mit starker staatlicher Kapitalbeteiligung gegründeten Gesellschaft gehörten, die sie als Altmaterial verwerten sollte. Dies der nackte Tatbestand, der unter normalen Verhältnissen die Öffentlichkeit kaum interessiert hätte.

Was aber geschieht in Wien? Vielleicht ist man in diesen Tagen an einem Bürgerkrieg hart vorbeigegangen. Schon der Schauplatz der ganzen Sache ist von historischer Bedeutung: Nach der Revolution von 1848 war das Wiener Arsenal als Festungsbau errichtet worden, um die Stadt zu beherrschen; der Umsturz von 1918 ließ diese Bestimmung — allerdings im umgekehrten Sinne — bestehen: Das Wiener Arsenal wurde eine rote Zitadelle, die „Volkswehr“ marschierte ein; gleichzeitig sollte in seinen Mauern die ökonomische Ueberlegenheit eines sozialisierten Industriebetriebes erprobt werden. Dieses Experiment schlug vollkommen fehl, kostete den österreichischen Staat Hunderte von Millionen Schilling; aber wenigstens militärisch sollte das Arsenal der Umsturzpartei dienlich bleiben, es wurde ein Hauptstützpunkt des „Republikanischen Schutzbundes“, der Bruderorganisation des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, der sich aus dem Arsenal illegal und äußerst billig mit Revolvern versorgte. Auch gelegentlich der Bewertung der Oesterreich verbliebenen Bestände an alten Waffen blieb vieles hängen; und es bildete sich bald die Auffassung heraus, daß die ganzen Waffenreste im Arsenal eigentlich zur Verfügung des Republikanischen Schutzbundes gehalten werden müßten. Beweis hierfür die riesige Aufregung, die das scharfe Japaden der Regierung bei der ersten Aufdeckung eines Waffendepots in allen Kreisen der Wiener Sozialisten hervorruft. In mehreren Bezirken kam es zu Alarmierungen des Republikanischen Schutzbundes, die Elektrizitätsarbeiter schalteten den Lichtstrom des Stadtviertels, in dem das Arsenal gelegen ist, aus, um die Waffensuche zu hindern, ein gewissenloser Journalist mußte ins Feuer und salette von einer weitgehenden Erregung der Arbeiterschaft. Im Parlament gab es ein lärmendes Raufspiel; dabei trat der innere Widerspruch der sozialistischen Argumentation klar zutage: einmal wurde erklärt, der Schutzbund hätte überhaupt keine Waffen, die Regierung hätte sich bei ihrer Waffensuche blamiert; dann wieder scharfer Protest gegen die Waffensuche überhaupt, Einberufung der Zentralgewerkschaftskommission, die geheim gehaltene Bestände fände, um eine Wiederholung ähnlicher Entdeckungen von Waffenlagern unmöglich zu machen. Die Debatte ging so weit, daß tatsächlich am 8. März in Wien alle öffentlichen Gebäude mit Sicherheitswache umstellt waren und daß am 5. März das Arsenal von den Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes besetzt wurde.

Die Vorgänge, die sich an der politischen Faschingsnacht in Wien entzündeten, sind aber auch noch nach einer anderen Richtung hin symptomatisch: zum ersten Male seit 1918 hat es eine österreichische Regierung gewagt, einen festen Griff in jenes Wespennest zu tun, von welchem die Gesamtfamilie so schwer schädigende Unterwürigkeit der Staatsautorität ausgeht. Heute ist die Sozialistische Partei Oesterreich ein Staat im Staate; ihr „Republikanischer Schutzbund“ bildet einen integrierenden Bestandteil des Parteiapparates, da er Voraussetzungen und Basis jener „Diktatur des Proletariats“ bildet, welche immer dann im parlamentarischen Kampf hervorgeholt wird, wenn es gilt, der Mehrheit den Willen der Opposition aufzuzwingen. Vielmal wurde in Oesterreich bisher jeder Versuch der Wehrheit, ihren Willen parlamentarisch durchzusetzen, als eine Provokation der Minorität hingestellt, die man unter Umständen auch mit außerparlamentarischen Mitteln abzuwehren berechtigt sei. Das Vertrauen der Opposition in diese Methode dürfte seit den letzten Tagen etwas abgeschwächt sein, angesichts der korrekten Haltung der Truppen und der Polizei und des musterghätigen Zueinanderarbeitens des staatlichen Exekutivapparates. Mag man den jüngsten Vorgängen im Wiener Arsenal mit noch so viel Verechtigung die Devisen: „Wiel Lärm um nichts“ voranstellen — das eine ist sicher, daß der zerlegende Linksradikalismus eine Schlappe erlitten und die Staatsautorität einen Erfolg erzielt hat.

Ein Deutscher in Tanger verhaftet.

Madrid, 7. März. In Tanger wurde ein deutscher Kaufmann verhaftet, der in Laraksa in Spanisch-Marokko seinen Wohnsitz hat und vorher öfters ankandlos Tanger besuchen konnte.

Berlin, 7. März. Der Münchner Reichsgraf Günther v. Königsmark ist in Würzburg auf Veranlassung der Münchner Staatsanwaltschaft verhaftet worden.